

DIE LINKE. Mecklenburg-Vorpommern

Antwort auf Ihre Wahlprüfsteine

1. Welche Aspekte sind Ihnen besonders wichtig und wie wollen sie diese fördern?

Es ist für DIE LINKE fast unmöglich aus all den Aufgaben, die die Heimatpflege beinhaltet, Bereiche herauszugreifen, die wichtiger sind als andere, denn das würde bedeuten andere Felder zu vernachlässigen. Daher wollen wir diese Prioritäten auch nur für die kommenden fünf Jahre setzen, da Prioritäten sich ändern können. Für die kommende Legislatur sind der LINKEN besonders die Novellierung des Landesdenkmalschutzgesetzes wichtig, die Bewerbung des Residenzensembles Schwerin um Aufnahme in die Liste der Weltkulturerbestätten sowie Integration und kulturelle Inklusion. Diese Themen wollen wir insbesondere parlamentarisch begleiten und unterstützen.

2. Wie wollen Sie das Landesprogramm fortführen, wo neue Schwerpunkte setzen und wie bereits Erreichtes langfristig sichern?

Grundsätzlich begrüßt DIE LINKE diese positive Entwicklung im Bezug auf die Möglichkeiten der Lehrer*innenbildung an der Universität Greifswald. Leider ist der Output an Niederdeutsch-Lehrkräften immer noch viel zu gering, für den sicheren Erhalt der niederdeutschen Sprache die Verankerung in den Schulen zu sporadisch. Niederdeutsch muss weg vom Orchideenfach. Dazu müssen die Strukturen und das Lehrangebot an der Universität Greifswald ausgebaut und die Arbeit des Landesheimatverbandes gestärkt werden, hier ist auch personelle Ergänzung bzw. Verstärkung notwendig.

3. Was tun Sie, um diese Fachstelle nach §16 LV-MV zu schaffen und welche weiteren Maßnahmen zur Umsetzung der Europäischen Charta der Minderheitensprachen werden durch ihre Partei in den nächsten 5 Jahren gefördert?

Wie bereits unter Frage 2. erwähnt ist DIE LINKE für eine solche Fachstelle durchaus offen und wird eine Einführung parlamentarisch unterstützen. Die wichtigste Maßnahme ist und bleibt für DIE LINKE jedoch die Unterstützung der Akteur*innen, Vereine und Verbände vor Ort in den Kommunen. Sie bei ihren Anstrengungen zu fördern ist unser Hauptaugenmerk und wird es bleiben.

4. Wie stehen Sie zur Finanzierung eines solchen Vorhabens mit Landesmitteln und damit zur langfristigen Sicherung und fachlichen Begleitung der Heimatbildung in Kitas und Schulen?

Das Land M-V hat sich in der 2. Säule des Landesprogrammes "Meine Heimat-mein modernes Mecklenburg-Vorpommern" zum Ziel gesetzt, Niederdeutsch auch an den Schulen zu fördern. Um diese Verpflichtung zu erfüllen und langfristig weiterzuentwickeln muss das Land auch die finanziellen Mittel bereitstellen, um die erforderlichen Unterrichtsmittel und -inhalte den Schulen und Kitas dafür zur Verfügung zu stellen, ständig weiterzuentwickeln und eine fachliche Begleitung sicherzustellen. Für DIE LINKE ist klar: Das Projekt "Heimatkiste" allein füllt die 2. Säule des Landesprogramm nicht aus - die Bildung in Niederdeutsch darf an der Schultür nicht halt machen. Aus diesem Grunde muss das Landesprogramm zur Unterstützung weiter fortgeführt, ausgebaut und auch finanziert werden.

5. Wie wollen Sie die Forschung und Lehre in den Bereichen Europäische Ethnologie/ Volkskunde und Landesgeschichte sicherstellen und ausbauen?

DIE LINKE bedauert diese Entwicklung außerordentlich. Seit Jahren hat sich die Linksfraktion im Landtag immer wieder bemüht zu vermitteln und die Volkskunde zu erhalten. Insbesondere die Abgeordneten aus Rostock haben sich dafür stark gemacht. Dass die Universität unter Wahrnehmung ihrer Autonomie und der Freiheit von Lehre und Forschung in Abstimmung mit der Landesregierung diese Entscheidung getroffen hat, stuft DIE LINKE als fatales Signal ein, da damit ein Forschungsgebiet aus dem Fokus gerät, das gerade in der aktuellen politischen Situation extrem wichtig ist. Es braucht jedoch alle demokratischen Fraktionen im Landtag von M-V, um diese Entwicklung von parlamentarischer Seite zu benennen und ihn zu korrigieren. Dafür benötigt die Hochschullandschaft nicht zuletzt eine auskömmliche Grundfinanzierung, die verhindert, dass so wichtige Forschungsbereiche dem Rotstift zum Opfer fallen. DIE LINKE im Landtag M-V wird im Zuge der Haushaltsverhandlungen zum nächsten Doppelhaushalt auf die weitere Dynamisierung der Hochschulhaushalte und die Entwicklung der Stellenpläne achten.

6. Welche Maßnahmen planen Sie, um die Arbeit von Heimatstuben und Ortschronist*innen langfristig zu sichern, und wie wollen Sie den Austausch der Akteure*innen und die digitale Präsenz der Ergebnisse der Forschung und Dokumentation in der Öffentlichkeit fördern.

Auch die Arbeit der kommunalen Akteur*innen ist nicht hoch genug einzuschätzen, sie bilden das Rückgrat bei der Bewahrung von lokaler Geschichtsschreibung und Identität. Dazu ist es jedoch dringend notwendig, die Bestände aller kommunalen Archive zügig zu digitalisieren und möglichst unter dem Dach der Landesbibliothek zu vereinen. Nur so ist gewährleistet, dass jede und jeder Interessierte Zugriff auf die Regionalkultur und Regionalgeschichte Mecklenburg-Vorpommerns hat.

7. Wie werden Sie in den kommenden fünf Jahren mit dem Heimatbeirat zusammenarbeiten und wie würden Sie als Fraktion oder Teil der Regierung dessen Rat einholen?

Wie auch der Landeskulturrat wird der Heimatbeirat viel zu wenig in die parlamentarische Arbeit eingebunden. Zur Meinungsbildung ist jedoch die

Fachkompetenz dieser Gremien von unschätzbarem Wert. Daher wird DIE LINKE im Landtag M-V darauf dringen, dass eine Unterrichtung durch den Heimatbeirat im Bildungsschuss der 8. Legislatur ein regelmäßiger Tagesordnungspunkt wird.

8. Wie wollen Sie Kommunen bei der Umsetzung lokaler Initiativen und Projekte der Heimatpflege unterstützen und anhalten? Was tun Sie dafür, dass Heimatpflege kommunale Pflichtaufgabe wird?

In den kulturpolitischen Leitlinien nimmt das Thema Heimatpflege und Brauchtum breiten Raum ein, lokale Projekte werden auch mithilfe der Kulturförderung von Landeseite finanziert. Nach wie vor ist jedoch die Kulturfinanzierung der Kommunen ihre haushälterische Aufgabe. Oft erlaubt der Zustand der kommunalen Haushalte jedoch nur das Nötigste, um Kultur und damit auch die Heimatpflege aufrechtzuerhalten. Damit sich das ändert, muss Kultur Pflichtaufgabe werden – im Land genauso wie in den Kommunen. DIE LINKE wirbt seit Jahren für diese Veränderung: Weg von der Kann und hin zur Muss-Aufgabe. Dazu brauchen wir Partner*innen im politischen Raum, die mit uns gemeinsam den Willen haben einerseits die Kommunalverfassung zu ändern und andererseits einen rechtlichen Rahmen auf Landesebene zu schaffen, der über die Verbindlichkeit der Kulturförderrichtlinie hinausgeht.

9. Welche Aspekte sind Ihnen bei der Überarbeitung der rechtlichen Bestimmungen besonders wichtig und wie wollen Sie öffentliche und private Besitzer*innen von Denkmälern bei der Erhaltung unterstützen?

Entscheidend ist für DIE LINKE, dass Denkmale und Denkmalfunde nach der wissenschaftlichen Einstufung als kulturhistorisch relevant nicht einfach ignoriert und übergangen werden können. Das Denkmalschutzgesetz muss künftig in diesen Fällen einen klaren Handlungsauftrag an die Denkmalschutzbehörden erteilen, anstatt sich auf den guten Willen von Bauherren und Investoren zu verlassen. Dazu müssen die Denkmalschutzbehörden finanziell und personell wesentlich besser aufgestellt werden.

10. Was wollen Sie in der kommenden Legislaturperiode unternehmen, um die Bestände des Landesarchivs Greifswald den Nutzer*innen zugänglich zu machen, das Landesarchiv Greifswald zu einem Träger der politischen Bildungsarbeit in der Region werden zu lassen und eine Zusammenarbeit auf Augenhöhe mit Partnerinstitutionen in Polen, Schweden und Dänemark zu ermöglichen?

Mit dem Neubau des Greifswalder Stadtarchivs ist ein erster Schritt in die richtige Richtung getan, um in Vorpommern einen modernen und vor allem sicheren Archivstandort zu betreiben. DIE LINKE begrüßt eine Bauerweiterung und eine mögliche Kooperation mit der Nordkirche zu einem Archivzentrum und wird sich dementsprechend in der kommenden Legislatur einbringen. Das ist allein im Sinne der Dezentralisierung, der kulturellen Balance zwischen beiden Landesteilen und des Respekts vor Greifswalds als Forschungs- und Wissenschaftsstandort ein wichtiges Ziel linker Politik.